

# Verantwortungslos und schädlich

Ich bin gegen den Streik im öffentlichen Dienst. Nicht nur, weil die Wirkungen eines solchen Streiks in sittenwidriger Weise die ganze Bevölkerung treffen.

► Im Jahr 2002 gingen in Deutschland 40 000 Betriebe Pleite. Deren Mitarbeiter würden mit den Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch für eine Nullrunde gerne tauschen. Genauso die vielen „weganierten“ Mitarbeiter z. B.

unserer Verlage, Versicherungen und Großbanken.

► In Ostdeutschland hat sich der öffentliche Dienst schon auf 90 % (und mehr) des West-Gehaltsniveaus herangearbeitet. Auch hier ein deutlicher Gegen-

satz zu den Arbeitnehmern der Privatwirtschaft, wo man/frau bei 70 % der Westlöhne (und weniger) herumkriechen.

► Schon die Warnstreiks der letzten Woche waren rechtswidrig. Wer Flughäfen blockiert, voll besetzte Passagiermaschinen in der Luft umleiten lässt und U-Bahn-Systeme von Großstädten 24 Stunden lahm legt, überschreitet die Grenzen eines erlaubten Warnstreiks bei weitem. Wo bleiben die Schadenersatzforderungen des Staates gegen die verantwortlichen Gewerkschaftsführer?

► Bei diesem Tariftheater geht es weniger um Arbeitnehmerinteressen als um Verbandsinteressen der Gewerkschaft ver.di und ihres Vorsitzenden Bsirske. Der Mann will sich als Klassenkämpfer profilieren, was angesichts eines sechsstelligen Euro-Jahresgehalts

(plus Dienstwagen und Chauffeur, der allerdings „Kollege“ zu ihm sagen darf) nicht unkomisch ist. Wenn sich Bsirske in diesem Schaukampf durchsetzt, wird der Staat noch mehr geschwächt: Das betroffene Kapital wird ganz bestimmt nicht zurückschlagen, sondern ausweichen. Weg von Deutschland.

Fazit: Zu dem allseits geforderten Neuanfang für Deutschland wird auch gehören müssen, Leuten wie dem Vorsitzenden der Gewerkschaft ver.di ihre Grenzen zu zeigen.



**Mein Herz schlägt auf dem rechten Fleck**

Von Peter Gauweiler

## Streiken für 3% mehr Lohn?

# Streikt, mit ruhiger Hand!

Die Forderung nach Streikverbot im öffentlichen Dienst ist Quatsch. Mit dem Argument, der Streik richte sich gegen das Volk, kann man ebenso Arbeitsniederlegungen im Einzelhandel, bei den Banken oder in den Reisebüros verbieten.

Das Streikrecht ist die Freiheit des Arbeitnehmers zu sagen, unter diesen Bedingungen arbeite ich nicht. Weil er das allein nicht kann – den Einzelnen kann man leicht rausschmeißen und ersetzen – muss

er es zusammen mit anderen tun.

Finger weg vom Streikrecht! Es ist ein Eckpfeiler der demokratischen Gesellschaft.

Das Argument, die öffentlichen Kassen seien leer, wiegt schwerer. Aber warum sind sie leer? Weil trotz Wiedervereinigung die Steuerquote seit 1980 von 24,8 % auf 20,8 % gesenkt wurde. Sicher, es wurden auch Steuern angehoben, aber vor allem die Unternehmen und die Bezieher hoher Einkommen zahlen immer weniger.

Jetzt wollten einige Ministerpräsidenten und Gewerkschafter mit anfänglicher Unterstützung Schröders diesen Umverteilungsprozess stoppen. Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden, die Reichen sollen mehr zahlen, riefen sie. Aber dann machte der Kanzler wieder einen Salto und sagte:

Die Reichen sollen auf ihre Zinsen weniger Steuern zahlen. Nur noch 25 % statt 50 %.

Dann bringen sie das Geld aus Liechtenstein, Luxemburg und Monaco zurück. Ha, ha, ha, ha!

Dem wackeren Niedersachsen Gabriel bleibt nur noch Galgenhumor. „Er hat dem Pferd einen Klaps gegeben und es dann erschossen.“

So unverschämt, wie die Politiker die Steuern der Reichen senken, so ungerührt müssen Krankenschwestern und Müllwerker streiken, damit auch Polizisten und Feuerwehrmänner 3 % mehr Lohn und Gehalt bekommen.



**Mein Herz schlägt links**

Von Oskar Lafontaine